



300 Teilnehmern der Nationalen Maritimen Konferenz in Friedrichshafen.

FOTO: DPA

# reit zu kämpfen

Wettbewerb wird für die Branche immer härter

und beispielsweise möglichst als Erste eine Plattform für autonomes Fahren - auf der Straße und auf See - aufbauen. Zudem gelte es, dafür zu sorgen, dass die Neue Seidenstraße keine Einbahnstraße werde.

In der maritimen Wirtschaft wünschen sich daher viele rote Linien, beispielsweise wenn es um chinesische Investitionen in Hafeninfrastuktur geht. Dies zeigte eine Podiumsdiskussion. Bei Enak Ferlemann trafen sie dabei auf offene Ohren. „Die Infrastruktur gehört weiterhin in staatliche Hand“, machte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium deutlich.

## Versicherungssteuer

Etwas nüchterner beurteilt der Verband Deutscher Reeder (VDR) die Konferenzergebnisse. Die Reeder hatten im Vorfeld insbesondere die Versicherungssteuer auf ausländische Schiffe, die von Deutschland aus bereedert werden, zum Thema gemacht. Sie sei ein Beispiel dafür, wie Deutschland ins Hintertreffen gerate, so VDR-Präsident Alfred Hartmann. Allerdings gingen darauf weder Merkel noch Altmaier dezidiert ein. Der VDR resümierte denn auch, dass nach treffender Analyse nun zügig konkrete Maßnahmen folgen müssten.

MEINUNG SEITE 2

ANZEIGE



## Grüne wollen weniger Bürokratie

**SCHWERTRANSPORTE** Die Grünen-Bundestagsfraktion fordert schnellere Genehmigungsverfahren für Großraum- und Schwerlasttransporte und eine Entlastung der Polizei. Ein geplanter Erlass für eine Straßenverkehrs-Transportbegleitverordnung lasse auf sich warten, kritisiert der verkehrspolitische Sprecher der Grünen, Stephan Kühn, das Bundesverkehrsministerium. So sei es nicht möglich, Aufgaben der Polizei auf Private zu übertragen. Auch beim Antragsverfahren gebe es keine Erleichterung. Im Falle einer Ablehnung einer beantragten Route muss das Transportunternehmen einen neuen Antrag stellen.

Die Bundesregierung schreibt in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion, dass dadurch das Erlaubnisverfahren unnötig verlängert würde. Kühn hält dagegen, dass gerade so ein Verfahren die Genehmigungen beschleunigte. Unternehmen müssten nicht mehrere Routen beantragen, die Behörden hätten weniger Anträge zu bearbeiten. Kühn kritisiert zudem die engen Zeitfenster für Schwerlasttransporte zwischen 22 und 6 Uhr. Zudem fordert er ein leistungsfähiges Netz von Bundesautobahnen, das Großraumtransporten gerecht wird. (sl)

ANZEIGE